

GEW: „Erwachsenen-PISA bestätigt dringenden Reformbedarf des deutschen Bildungswesens“

Bildungsgewerkschaft zu den Ergebnissen der PIAAC-Studie der OECD: Steilvorlage für inklusives Bildungssystem

Mitteilung: GEW-Hauptvorstand

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) stellt mit Blick auf die heute veröffentlichte PIAAC-Studie der OECD fest, dass die Untersuchung den „dringenden Reformbedarf des deutschen Bildungssystems“ bestätige. „Im Kern belegen die PIAAC-Zahlen für Erwachsene die Erkenntnisse aus den PISA-Schulleistungsstudien: Die hohe Abhängigkeit des Bildungs- und in dessen Folge des Berufserfolgs von der sozialen Herkunft in allen Altersgruppen, eine Risikogruppe mit nicht ausreichender Lese- und Rechenkompetenz von fast 20 Prozent in der Bevölkerung und im internationalen Vergleich bestenfalls ein durchschnittliches Abschneiden in den abgefragten Leistungsbereichen - bei einer dünnen Spitze in den oberen Kompetenzstufen. Die negativen Auswirkungen des hochselektiven deutschen Schulsystems setzen sich im Hochschul- und Weiterbildungsbereich fort, eine Kompensation sozialer Benachteiligung gibt es faktisch nicht. Die Vorstellung, dass Weiterbildung Fehlentwicklungen vorausgehender Bildungsstufen ausgleichen könne, erweist sich für Deutschland als falsch“, sagte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe am Dienstag in Frankfurt a.M. in einer ersten Reaktion auf die PIAAC-Studie. Zugleich räume PIAAC mit der irrigen Annahme auf, das deutsche Bildungswesen habe in Vor-PISA-Zeiten in der weltweiten Spitzengruppe gelegen.

Tepe machte sich dafür stark, das ausgrenzende Bildungswesen in Deutschland schnellstmöglich zu einem inklusiven, in dem alle Menschen miteinander lernen, weiterzuentwickeln. „Wir wollen die Chancengleichheit verbessern und international nicht den Anschluss verlieren. Deshalb braucht Deutschland im Bildungsbereich eine abgestimmte Gesamtstrategie, bei der Bund, Länder und Kommunen an einem Strang ziehen“, betonte Tepe. Dazu gehörten auch die soziale Öffnung der Hochschulen und der bedarfsgerechte Ausbau der Weiterbildung, damit diese ihrer Aufgabe als vierter Säule des Bildungswesens gerecht werden kann. Anreize für die Lernenden und die Arbeitgeber, eine umfassende Bildungsberatung sowie ein bundesweites Weiterbildungsgesetz als Grundlage seien hierfür unabdingbar. In diesem Zusammenhang machte die GEW-Vorsitzende noch einmal deutlich, dass die neue Bundesregierung das Kooperationsverbot in der Bildung aufheben müsse.

Tepe sagte, dass nach dem PISA-Schock im Wesentlichen nicht die richtigen Schlüsse gezogen und Umsetzungsstrategien entwickelt worden seien. Statt voll auf den Aufbau eines inklusiven Schulsystems zu setzen, das alle Kinder und Jugendlichen mitnimmt und bestmöglich unterstützt sowie fördert, und hierfür die notwendigen Gelder bereitzustellen, sei jedes Bundesland seinen eigenen Weg gegangen. Dabei hätten sie auf den Ausbau des Testwesens gesetzt statt auf qualitative Verbesserungen. „Dass aber die Sau allein vom Wiegen nicht fetter wird, haben die allenfalls marginalen Verbesserungen deutscher Schülerinnen und Schüler bei PISA bewiesen. Die gleichen Fehler darf sich die Bildungspolitik jetzt nicht noch einmal leisten“, unterstrich Tepe.

Info: Das Kooperationsverbot verbietet dem Bund, die Länder bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Bildungswesen finanziell zu unterstützen.

Die PIAAC-Studie 2013 (Programme for the International Assessment of Adult Competencies) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat zum ersten Mal die 16- bis 65-Jährigen aus 24 Ländern auf verschiedene Alltagskompetenzen getestet: Lesen und Verstehen von Texten, Rechnen sowie Umgang mit Computern. Für die weltweite Untersuchung wurden 166.000 repräsentativ ausgewählte Menschen in Interviews getestet. In Deutschland nahmen 5465 Menschen teil.

*Pressemitteilung v. 8.10.2013
GEW-Hauptvorstand
Ulf Rödde
Pressesprecher
www.gew.de*